

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Mag. Wolfgang SOBOTKA
Parlament
1017 Wien

13. August 2018

GZ. BMEIA-AT.90.13.03/0061-VII.4/2018

Die Abgeordneten zum Nationalrat Petra Bayr, MA MLS, Kolleginnen und Kollegen haben am 13. Juni 2018 unter der Zl. 1034/J-NR/2018 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „die Umsetzung der Agenda 2030“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 28 und 35:

Die kohärente Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) bis 2030 erfolgt weiterhin gemäß Ministerratsbeschluss vom 12. Jänner 2016 durch alle Bundesministerien in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich („Mainstreaming“). Dabei sind andere relevante staatliche Organe und Kooperationspartner auf Bundes-, Landes-, Städte-, Gemeindeebene sowie Sozialpartner, Zivilgesellschaft und Wissenschaft einzubeziehen. Durch dieses Mainstreaming werden die SDGs in effizienter, ziel- und bedarfsorientierter, transparenter und eigenverantwortlicher Weise in sämtliche Aktivitäten der österreichischen Politik und Verwaltung integriert.

Wesentliche Aufgabe des Bundesministeriums für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) ist, gemeinsam mit dem Bundeskanzleramt (BKA), die Koordinierung der Arbeiten der Arbeitsgruppe „Umsetzung Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung.“ Damit wird die kontinuierliche Abstimmung zwischen den Bundesministerien sichergestellt. Ein Arbeitsprogramm bis 2020 ist derzeit in Erarbeitung. Dieses soll u.a. die Fortsetzung des regelmäßigen Austausches und der fortlaufenden Vernetzung mit relevanten Stakeholdern in der interministeriellen Arbeitsgruppe beinhalten (z.B. mit *SDG Watch Austria* in der Sitzung am 6. November 2017 oder mit den SDG Focal Points der Bundesländer in der nächsten Sitzung am 28. September 2018). In der jüngsten Sitzung vom 3. Juli 2018 haben sich die Ressorts über ihre bisherigen und ihre geplanten Aktivitäten zur Umsetzung der Agenda 2030 ausgetauscht sowie das Monitoring der Fortschritte diskutiert.

Der Rechnungshofbericht zur Umsetzung der Agenda 2030 wurde am 6. Juli 2018 veröffentlicht und wird in der nächsten Sitzung der interministeriellen Arbeitsgruppe am 28. September 2018 diskutiert. Der Zeitpunkt für einen neuen Bericht zur Darstellung der Beiträge der Bundesministerien zur Umsetzung der Agenda 2030 steht noch nicht fest. Die verstärkte Einbeziehung der Wissenschaft in die Umsetzung der Agenda 2030 in Form eines wissenschaftlichen Begleitgremiums wird angedacht. Die genauen Details im Zusammenhang mit einem wissenschaftlichen Begleitgremium sowie Best-Practices in anderen Ländern werden in der interministeriellen Arbeitsgruppe geprüft.

BMEIA und BKA betreuen zudem laufend die ressortübergreifende Website www.sdg.gv.at, die allgemeine Informationen (wie z.B. die aktuelle Kontaktliste der SDG Focal Points in den Bundesministerien) zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele in Österreich bereitstellt und auf Veranstaltungen in diesem Zusammenhang hinweist. Das BMEIA wird den aktuellen Stand der Umsetzung der Agenda 2030 auch weiterhin auf Veranstaltungen, in einschlägigen Fachartikeln und über soziale Medien den jeweiligen Fachkreisen wie auch der interessierten Öffentlichkeit regelmäßig präsentieren. Das BMEIA ist des weiteren anlassbezogen sowohl mit dem in Bonn ansässigen Global Campaign Center als auch dem United Nations Information Service der Vereinten Nationen in Wien in Kontakt.

Die Analyse und das Setzen von Maßnahmen zur Schließung allfälliger Lücken erfolgt durch die Bundesministerien in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich. Die interministerielle Arbeitsgruppe plant diese Analysen zusammenzuführen.

Im Jahr 2020 beabsichtigt die österreichische Bundesregierung gesamtstaatlich an das HLPF der Vereinten Nationen über die nationale Umsetzung der Agenda 2030 zu berichten. Dieser Bericht wird im Zusammenwirken mit allen relevanten Stakeholdern erstellt. Derzeit wird ein Fahrplan zur österreichischen Berichtslegung beim HLPF im Juli 2020 erarbeitet und nach Fertigstellung unter www.sdg.gv.at veröffentlicht. Dieser Fahrplan soll sowohl die Transparenz als auch die Rechenschaftspflicht stärken sowie die Einbeziehung auf Ebene der interministeriellen Arbeitsgruppe in die Berichtslegung für das HLPF im Juli 2020 aufzeigen.

Im Sinne des Mainstreamings werden bestehende Strukturen, etwa sektorenspezifische etablierte Plattformen im Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Ressorts (in denen u.a. auch alle relevanten Stakeholder vertreten sind), sowie Konsultationsprozesse im Parlament (wie z.B. Begutachtung von Regierungsvorlagen) genutzt, um allfällig auftretende Interessens- und Zielkonflikte bzw. Wechselwirkungen bei der SDG-Umsetzung zu identifizieren und darauf zu reagieren. Die Zuteilung in die Ausschüsse zur entsprechenden Behandlung der Agenda 2030 erfolgt durch das Parlament.

Zu den Fragen 29 und 30:

Das künftige Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik 2019 - 2021 ist vollinhaltlich auf die 17 Ziele der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung ausgerichtet. Es wurde gemeinsam mit allen betroffenen Ressorts erarbeitet und soll demnächst an den Ministerrat übermittelt werden. Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft waren aktiv in diesen Prozess eingebunden.

Nachdem sich das Dreijahresprogramm 2019-2021 konsequent an den SDGs orientiert, wird die SDG-Implementierung ein inhärenter Bestandteil des gesamten Evaluierungsprozesses seitens der ADA sein.

Zu den Fragen 31 bis 34:

Die Themenschwerpunkte für die österreichische EU-Ratspräsidentschaft im Rahmen der Ratsarbeitsgruppe (RAG) Agenda 2030 sind die Arbeitsmethoden der RAG Agenda 2030 (inklusive Wirken und Austausch der RAG Agenda 2030 in und mit anderen Ratsarbeitsgruppen), die Nachbereitung des HLPF 2018 (inkl. Austausch von Erfahrungen) sowie die zeitgerechte Vorbereitung des HLPF 2019. Auch die unter bulgarischer EU-Ratspräsidentschaft gestartete Vernetzung und der Austausch mit allen relevanten Stakeholdern auf EU-Ebene im Rahmen der RAG Agenda 2030, wie z.B. mit der Multi-Stakeholder-Plattform zu den SDGs, wird fortgesetzt und soll vertieft werden. Zudem ist geplant, die Agenda 2030 beim Rat Allgemeine Angelegenheiten am 16. Oktober 2018 zu diskutieren.

Dr. Karin Kneissl

